

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf), Dr. Hermann Scheer, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Anke Fuchs (Köln), Otto Schily, Ottmar Schreiner, Wolfgang Thierse, Hermann Bachmaier, Ingrid Becker-Ingla, Hans-Werner Bertl, Anni Brandt-Elsweier, Edelgard Bulmahn, Peter Dreßen, Gernot Erler, Norbert Formanski, Dagmar Freitag, Katrin Fuchs (Verl), Iris Gleicke, Konrad Gilges, Reinholt Hemker, Rolf Hempelmann, Dr. Barbara Hendricks, Uwe Hiksch, Frank Hofmann (Volkach), Ingrid Holzhüter, Nicolette Kressl, Eckart Kuhlwein, Klaus Lohmann (Witten), Erika Lotz, Günter Oesinghaus, Adolf Ostertag, Karin Rehbock-Zureich, Dr. Hansjörg Schäfer, Bernd Scheelen, Dieter Schloten, Dagmar Schmidt (Meschede), Regina Schmidt-Zadel, Walter Schöler, Dr. Mathias Schubert, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Dr. Dietrich Sperling, Adelheid Tröscher, Hans-Eberhard Urbaniak, Ute Vogt (Pforzheim), Matthias Weisheit, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hildegard Wester, Berthold Wittich, Uta Zapf

„Multilaterales Abkommen über Investitionen“ (MAI)

In der OECD wird seit knapp zwei Jahren über ein „Multilaterales Abkommen über Investitionen“ (Multilateral Agreement on Investment/MAI) verhandelt. Wie die Welthandelsorganisation (WTO) mitteilt, geht es dabei um die „Verfassung für eine einheitliche, globale Wirtschaft“. Das MAI soll in allen Unterzeichnerländern den Investoren weitgehende Rechte und Freiheiten gewährleisten, die eine erhebliche Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität bedeuten.

Transnationale Unternehmen werden gegenüber politischen Entscheidungsträgern deutlich gestärkt. Arbeitsschutz, Lohnpolitik, Umweltregelungen, Sozialgesetzgebung oder Verbraucherschutz geraten unter starken Anpassungsdruck. Das MAI, so Kritiker, laufe auf einen weltweiten Abbau politischer Rahmensetzungen hinaus, da es für die Unternehmen nur Rechte, aber keine Verpflichtungen beinhalte.

In Kanada, wo der Originalentwurf des Abkommens im April 1997 bekannt wurde, hat er zu ersten Protesten geführt. Auch das englische Parlament hat sich in der Zwischenzeit mit dem MAI beschäftigt.

Besonders problematisch ist, daß die Verhandlungen über das MAI geheim geführt werden. Doch nicht nur die Öffentlichkeit wird über die geplanten weitreichenden Einschnitte nicht informiert, auch der Deutsche Bundestag wurde bisher nicht einbezogen.

Deshalb fragen wir die Bundesregierung:

1. Hält die Bundesregierung die im Juli 1997 vom Bundesministerium für Wirtschaft gemachte Aussage für richtig, daß es legitim sei, die Verhandlungen über das MAI unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen, da es angeblich die Bürgerinnen und Bürger nichts anginge, unter welchen Rahmenbedingungen ein Unternehmen im Ausland investiere?

Warum wurde der Textentwurf „Multilateral Agreement on Investment: Consolidated Texts and Commentary“ von der Bundesregierung bisher nicht veröffentlicht?

2. Warum wurde die OECD beauftragt, dieses multilaterale Investitionsabkommen zu entwickeln?

Warum wurde diese Aufgabe nicht den Vereinten Nationen übertragen?

3. Wie viele Staaten sind an der Erarbeitung des Abkommens beteiligt?

4. Wie ist der Stand der Verhandlungen von MAI?

Wie sieht der weitere Zeitplan aus?

In welchen Gremien soll der Entwurf beraten werden?

Weilchen Einfluß haben die nationalen Parlamente und Regierungen sowie die Europäische Kommission und das Europäische Parlament bei Erarbeitung, Umsetzung und Kontrolle von MAI?

5. Warum wurde der Vertragsentwurf nicht bei der letzten Wirtschaftsministerkonferenz der OECD vorgelegt?

Gibt es Unstimmigkeiten zwischen den Interessen der USA und denen der EU?

6. Wie bewertet die Bundesregierung die Zielsetzung, Reichweite und Instrumente von MAI?

Sieht sie hierin eine „Verfassung für die transnationale Unternehmen“, die weitreichende kodifizierte Rechte einräumt?

Kann MAI als Charta der Rechte und Freiheiten transnationaler Unternehmen bezeichnet werden?

7. Wie wird die Durchsetzungsmacht transnationaler Unternehmen gegenüber nationalem Recht gestärkt? Können danach transnationale Unternehmen höhere Sozial- und Umweltstandards als „Wettbewerbshemmnis“ ablehnen?

Ergibt sich daraus ein demokratisch nicht legitimierter Absenkungszwang?

8. Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung richtig, daß mit dem Abkommen die Regierungen bei der Investitionspolitik keine Möglichkeit mehr haben, die Entscheidungen an nationale Umwelt- und Sozialvorschriften zu binden?

Sind im MAI Verpflichtungen der Unternehmen bezüglich Beschäftigung, Verbraucherschutz, Sozialsystemen und Umwelt vorgesehen?

9. An welchen Vorgaben und Interessen orientiert sich der Vertragsentwurf?

Übernimmt er im wesentlichen die Klauseln, die im Investitionskodex der NAFTA enthalten sind?

Unterstützt die Bundesregierung diese Instrumente?

10. Warum wird im Vertragsentwurf den Unternehmen derselbe Rechtsstatus eingeräumt wie den Nationalstaaten der OECD?

Läuft die Bestimmung „über vorübergehende Einreise und Aufenthalt von Investoren und Schlüsselpersonen“ darauf hinaus, Konzerne zu Besitzern einer höheren Kategorie von Staatsbürgerrechten zu machen?

11. Wie und was wird im Vertragsentwurf als Eigentum definiert?

Wird darunter auch geistiges Eigentum definiert oder werden damit auch Gewinne aus Spekulation abgesichert?

12. Wird nach dem Vertrag den Regierungen verboten, ausländischen Konzernen Leistungsanforderungen – wie Schaffung von Arbeitsplätzen, Technologietransfer, lokale Einkäufe – aufzuwerlegen, die für nationale Unternehmen gelten?

Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

13. Wie bewertet die Bundesregierung das Verhältnis zwischen MAI und der nationalstaatlichen Demokratie?

Wird damit die Souveränität des Nationalstaates ausgehebelt?

Bonn, den 11. Dezember 1997

Michael Müller (Düsseldorf)	Nicolette Kressl
Dr. Hermann Scheer	Eckart Kuhlwein
Heidemarie Wieczorek-Zeul	Klaus Lohmann (Witten)
Anke Fuchs (Köln)	Erika Lotz
Otto Schily	Günter Oesinghaus
Ottmar Schreiner	Adolf Ostertag
Wolfgang Thierse	Karin Rehbock-Zureich
Hermann Bachmaier	Dr. Hansjörg Schäfer
Ingrid Becker-Inglau	Bernd Scheelen
Hans-Werner Bertl	Dieter Schloten
Anni Brandt-Elsweier	Dagmar Schmidt (Meschede)
Edelgard Bulmahn	Regina Schmidt-Zadel
Peter Dreßen	Walter Schöler
Gernot Erler	Dr. Mathias Schubert
Norbert Formanski	Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Dagmar Freitag	Dr. Dietrich Sperling
Katrin Fuchs (Verl)	Adelheid Tröscher
Iris Gleicke	Hans-Eberhard Urbaniak
Konrad Gilges	Ute Vogt (Pforzheim)
Reinhold Hemker	Matthias Weisheit
Rolf Hempelmann	Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Barbara Hendricks	Hildegard Wester
Uwe Hikscht	Berthold Wittich
Frank Hofmann (Volkach)	Uta Zapf
Ingrid Holzhüter	

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333